Badisches Tagblatt 26.01.09

Serie über den Stadtentwicklungsprozess Baden-Baden 2020 (Teil IV) / Gute Ausgangslage zur Ansiedlung neuer Betriebe

Wohnen und Arbeiten: Qualität statt Quantität

VON HARALD HOLZMANN

Baden-Baden – Um das Thema „Wohnen und Arbeiten in Baden-Baden" kümmert sich eine der fünf Arbeitsgruppen bei der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes Baden-Baden 2020. Dabei soll es zentral um die Frage gehen, wie die beiden Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten für die Bürger besser miteinander verknüpft werden können, heißt es in einem Arbeitspapier der LBBW Kommunalentwicklung GmbH.

„Wohnen und Arbeiten – das ist die Basis für Stadtentwicklung überhaupt", machte Professor Richard Reschl, der für die Landesbank Baden-Württemberg den Stadtentwicklungsprozess im Auftrag der Stadtverwaltung begleitet, im Gemeinderat die zentrale Bedeutung des Themas klar. „Wo werden wir künftig einkaufen und arbeiten? Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für ein stetiges und gesundes Wachstum unserer Unternehmen?" Das sind die Fragen, auf die sachkundige und interessierte Bürger in den Arbeitsgruppen Antworten finden sollen.

Wohin die Reise gehen könnte, das kann man dem Arbeitspapier der LBBW entnehmen. „Baden-Baden baut den Wirtschaftsstandort aus." Das ist eines von insgesamt acht Prinzipien, die die Entwicklungsplaner gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet haben. Die Kurstadt wird als prosperierender Dienstleistungs- und Gewerbestandort gesehen. Dabei sollen „zielgerichtete und qualitätsvolle Ansiedlungen" von Firmen vorgenommen werden.

Baden-Baden besitze eine hervorragende Ausgangslage zur Ansiedlung neuer Betriebe. Die weichen Standortfaktoren stimmten, und es gebe ein vielfältiges Angebot freier Gewerbeflächen. Die im vergangenen Jahr gegründete Gewerbeentwicklungsgesellschaft (GEBB) könne weitere Dynamik bringen. Allerdings geht es nicht um eine Ansiedlung neuer Betriebe um jeden Preis. „Das Image Baden-Badens als internationale Bäder- und Kulturstadt erfordert eine sensible und standortgerechte Entwicklung", heißt es in dem Arbeitspapier. Dabei sei daran gedacht, die Gewerbestandorte in Zonen aufzuteilen und die architektonische Qualität der Bauten zu sichern.

Auch bei der Entwicklung neuer Wohnflächen soll es Qualität statt Quantität geben. Nicht das Wachstum der bebauten Fläche nach außen steht im Fokus, sondern die Entwicklung der Wohnlagen in der Kernstadt und in den angrenzenden Stadtteilen Lichtental, Cité und Weststadt. Dort sollen Baulücken und Reserveflächen erschlossen werden, heißt es in dem Papier. Die Frage der Nahversorgung und der verkehrlichen Erschließung müsse künftig im Mittelpunkt stehen, wenn es um neue Wohngebiete gehe. Das korrespondiert auch mit der ebenfalls in dem Papier formulierten Forderung, den Individualverkehr in der Stadt künftig zu reduzieren.

Stärkeren Schutz sollen dagegen die Halbhöhenwohnlagen rund um die Innenstadt genießen. Dort bestehe bei der Nachverdichtung die Gefahr eines Verlusts von Grünflächen und der Stadtbildqualität. Die Bebauungspläne für diese Bereiche sollten deshalb überprüft werden, so die Empfehlung. Für die Entwicklung der Stadtteile im Rebland, in der Rheinebene und in der Vorbergzone soll wiederum ein eigenes Entwicklungskonzept erstellt werden, das die „jeweilige Identität der Stadtteile respektiert und stärkt", heißt es in dem Papier.

◆ **Meldung:** Zum Thema